

Die BAkÖV feiert 50-jähriges Bestehen

9

mit dbb seiten

MAGAZIN

September 2019 • 69. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in vielen Bundesländern drücken die Kinder wieder die Schulbank. Ich hoffe, Sie konnten die Sommermonate für einen Urlaub nach Ihren Vorlieben nutzen. Sei es um Eindrücke in fernen und nahen Ländern zu sammeln oder Ruhe und Entspannung am Meer, in den Bergen oder zu Hause zu genießen. Es heißt andere Länder, andere Sitten – und so unterscheiden sich viele Reiseziele von unserer Kultur, den Lebensgewohnheiten, Traditionen und politischen Systemen. Auf der einen Seite macht gerade das das Entdecken anderer Länder so interessant, andererseits erkennt man, dass z. B. die Werte von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Gleichberechtigung und auch der Koalitions- und Pressefreiheit nicht selbstverständlich sind. Das Grundgesetz ist ein hohes und sehr schützenswertes Gut unserer deutschen Demokratie.

Dazu zählt selbstverständlich auch das freie, geheime und gleiche Wahlrecht. In drei Bundesländern dürfen die Wahlberechtigten noch in diesem Jahr dieses Grundrecht ausüben. Mit großem Interesse schauen Bevölkerung, Medien und Parteien auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen am 1. September und am 27. Oktober in Thüringen. Die Ergebnisse werden weit über die jeweiligen Landesgrenzen hinaus, auch in der Bundespolitik Beachtung finden. Die Prognosen sagen aktuell eine schwierige Regierungsbildung voraus.

Vor gut zwei Jahren nach den Bundestagswahlen hat sich die Regierungsbildung ebenfalls in die Länge gezogen. Am Ende standen die Fortführung der Großen Koalition und 175 Seiten Koalitionsvertrag. Der Umfang, den man der Bundesverwaltung gewidmet hatte, übertraf frühere Vereinbarungen. Nach einer Erhebung der Bertelsmann Stiftung und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung wurden zur Halbzeit 61 Prozent der Vorhaben vollständig oder teilweise umgesetzt oder zumindest substanziell in Angriff genommen.

Jede Leserin, jeder Leser mag seine eigene Bilanz ziehen, inwieweit beispielsweise die Absichtserklärungen zur Digitalisierung, Stärkung der inneren Sicherheit oder Modernisierung der Verwaltung geplant oder umgesetzt sind. Die IT-Konsolidierung oder die Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundesverwaltung mit dem Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz (BesStMG) sind nur zwei Beispiele, die – aus dem Blickwinkel des vbob – noch Luft nach oben bieten.

Geliefert hat die Bundesregierung beim Thema Gleichwertige Lebensverhältnisse. Die gleichlautende Kommission hat Anfang Juli ihren Ergebnisbericht vorgelegt. Auch hinsichtlich des Braunkohleausstiegs ist man tätig geworden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat zwischenzeitlich den Entwurf eines „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ erarbeitet. Beide Kommissionen sehen Behördenansiedlungen in den betroffenen Regionen vor. Eine Forderung, die vom vbob kritisch begleitet wird. Die Förderung strukturschwacher Gebiete ist zweifellos ein wichtiges gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Anliegen. Eine Verlagerung von Behörden aus ausschließlich kompensatorischen Gründen ist jedoch nicht sachorientiert und für das angestrebte Ziel nicht hilfreich.

Der Bundesvorstand des vbob hat die Sommerpause genutzt, um die Gespräche mit Vertretern aus Politik und Verwaltung fortzusetzen. Die Attraktivität, Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Bundesverwaltung sind die zentralen Inhalte bei diesen Treffen. Ist die klassische Verwaltung mit den Regelungen des BesStMG für die kommenden Jahre gut gerüstet?

Hier stellt sich beispielsweise die Frage, warum IT-Fachkräften teilweise in Abhängigkeit zur Behörde eine Zulage gezahlt wird. Auf dem hart umkämpften IT-Arbeitsmarkt ein Wettbewerbsnachteil für die IT-Bereiche vieler Verwaltungsbehörden.

Die Bevölkerung und Politik dürfen erwarten, dass die Verwaltung digital, flexibel und schnell auf ihre Bedürfnisse reagiert. Hierfür bedarf es jedoch einer ausreichenden finanziellen und personellen Ausstattung sowie Handlungsspielräumen. Dem Handeln der Beschäftigten liegt jedoch ein teils unflexibles Regelwerk zugrunde. Der Prozess der Haushaltsgesetzgebung beispielsweise ist langwierig und unflexibel. Er erlaubt den Behördenleitungen zum Beispiel kaum frühzeitige Stellenausschreibungen und -besetzungen. Darüber hinaus werden Mittel häufig an politische „Leuchtturmprojekte“ gegeben. Doch gerade das Alltagsgeschäft muss qualitativ hochwertig und vor allem rechtskonform erledigt werden. Auch darauf hat der Bürger Anspruch.

Liebe Leserinnen und Leser, uns gehen die Themen nicht aus. Wir streiten gemeinsam mit Ihnen weiter für eine attraktive und zukunftsfähige Bundesverwaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

> Inhalt

> 50 Jahre Bundesakademie für öffentliche Verwaltung: Fortbildung in einer digitalisierten und internationalisierten Arbeitswelt	4
> Dr. Alexander Eisvogel, Präsident der BAKöV: Die Attraktivität des Bundes hängt zum großen Teil vom Fortbildungsangebot ab	5
> Im Dialog: Sitzungsfrei, aber nicht arbeitsfrei	8
> Pensionärstreffen	8
> Es gibt große Vorteile in der dezentralen Struktur	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Sommerfest von BKA und BfV in Berlin	12
> Rita Berning besucht Seniorengruppe in Bonn	12
> Jahresfahrt der Berliner Seniorinnen und Senioren	12

> dbb

> Bundesministerien: Zu viele externe Berater	13
> Daseinsvorsorge: Der Staat muss wieder investieren	13
> dbb Bürgerbefragung 2019: Wie überfordert ist der Staat?	14
> reportage	16
> Bundeszentrale für politische Bildung: Kleines Team, große Wirkung	20
> Ratgeber für weltläufiges Benehmen	22
> dbb akademie	23
> blickpunkt – Verlässliche Informationen in stürmischen Zeiten	24
> Tarifeinheit: Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	26
> AusbildungsSTART-Aktion 2019	28
> europa	
> Populismus im epochalen Wandel	30
> online – Politischer Durchblick per App	32
> Krankenhäuser: Bundesweite Personalbemessung geplant	35
> service für dbb mitglieder	38
> frauen – Entgeltunterschiede gezielt bekämpfen	40
> interview	
> Bundeswahlleiter Dr. Georg Thiel	42
> Nichtwähler entscheiden Wahlen	46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzende:** Rita Berning. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, AdobeStock. **Titelbild:** © BAKöV.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 36,00 Euro zzgl. 6,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. Einzelheft 4,00 Euro zzgl. 1,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 60 (dbb magazin) und **Preisliste** 39 (vbob Magazin), gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage dbb magazin:** 589 649 (IVW 2/2019). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



50 Jahre Bundesakademie für öffentliche Verwaltung Fortbildung in einer digitalisierten und internationalisierten Arbeitswelt

Die sich wandelnden Herausforderungen in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Arbeitswelt erfordern immer neue Kompetenzen. Ob Internationalisierung, Verwaltungsmodernisierung oder Digitalisierung: Bundesbedienstete müssen mit der Zeit gehen. Seit ihrer Gründung am 28. August 1969 hat sich die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAKöV) dem Ziel verschrieben, sie für diese Veränderungen fit zu machen.

Die BAKöV wirkt als zentrale und ressortübergreifende Fortbildungseinrichtung des Bundes. Als Qualifizierungsdienstleister für alle Bundesbehörden ist es ihre Aufgabe, durch Beratung, Fortbildung und Qualifizierung der Beschäftigten die Politik der Bundesregierung zu unterstützen. Damit trägt die BAKöV grundlegend zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung bei. Die Beschäftigten profitieren von der Chance, sich kontinuierlich – sowohl in fachlicher als auch in sozialer Perspektive – weiterzuentwickeln, ihre Motivation zu stärken und Erfahrungen auszutauschen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1969 hat sie sich dem Ziel verschrieben, mit einem aktuellen, zeitgemäßen und zielgerichteten Fortbildungsangebot Bundesbedienstete auf die aktuellen Herausforderungen der Zeit vorzubereiten. Mit Kom-

petenz, Engagement und Motivation setzen sich die derzeit 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür ein, die Beschäftigten der Bundesverwaltung auf den neuesten Stand zu bringen.

Die Grundlage stellt ein Jahresprogramm dar, dessen Inhalte auf dem von den Bundesressorts ermittelten Fortbildungsbedarf beruhen. Die BAKöV versteht sich als kundenorientierte Serviceeinrichtung mit praxisorientierten Fortbildungen und Beratungen. Ein Angebot, das gerne angenommen wird: 22 381 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren 2018 bei 1 672 Veranstaltungen dabei. Ob es um Führungskompetenzen im digitalen Zeitalter, Bürokratieabbau oder Themen wie interkulturelle Sensibilisierung geht – die BAKöV bietet oder entwickelt passende Angebote.



Dr. Alexander Eisvogel, Präsident der BAKöV

Die Attraktivität des Bundes hängt zum großen Teil vom Fortbildungsangebot ab

In diesem Jahr feiert die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BAKöV) ihr 50-jähriges Bestehen. Das vbob Magazin traf den Präsidenten der BAKöV, Dr. Alexander Eisvogel, anlässlich dieses runden Geburtstags zum Interview.

vbob Magazin:

Herr Dr. Eisvogel, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben! Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung blickt auf eine erfolgreiche Geschichte von 50 Jahren Fort- und Weiterbildung zurück. Sie ist eine nicht mehr wegzudenkende Institution in der Qualifizierung der Beschäftigten der Bundesverwaltung geworden. Wenn Sie völlig frei wählen könnten, was würden Sie „Ihrer“ BAKöV zum 50. Geburtstag schenken?

Alexander Eisvogel:

Ich würde der BAKöV auch für die Zukunft so engagierte und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wünschen, wie sie sie derzeit hat und glücklicherweise auch in der Vergangenheit immer gehabt hat. Darüber hinaus würde ich ihr gerne bessere Rahmenbedingungen, insbesondere mehr geeignete Unterrichtsräume sowohl im Rheinland als auch in Berlin schenken, damit sie ihren Fortbildungsauftrag so professionell

erfüllen kann, wie sie gerne möchte.

Wenn Sie einen Blick zurück werfen: Welches waren die wichtigsten Meilensteine in der Entwicklung? Und welche Bedeutung hat Bildung in der öffentlichen Bundesverwaltung Ihrer Ansicht nach heute?

Sehr wichtig waren einige wegweisende Entscheidungen am Anfang, zum Beispiel der Verzicht auf hauptamtliche Lehrkräfte, der uns in die Lage versetzt, zu jedem Thema die besten Fachkräfte zu gewinnen – entweder aus der Verwaltung oder vom freien Markt. Richtig war es auch, dass die BAKöV als organisatorisch selbstständiger Teil des BMI gegründet wurde. Dies war zwar eigentlich nur für eine

vorübergehende Zeit gedacht, hat sich aber als dauernde Organisationsform bewährt. Aufgrund des ministeriellen Status wird die BAKöV frühzeitig in wichtige Reformvorhaben eingebunden und kann auf Augenhöhe mitdiskutieren. Weitere Meilensteine waren die sukzessive Verteilung auf mehrere Standorte in Brühl, Boppard, Berlin und Zeuthen, die Einführung von IFOS-BUND im Jahr 2001 und die Einrichtung der elektronischen Lernplattform im Jahr 2005.

Die Anforderungen an Aus- und Weiterbildung verändern sich ständig, gerade in jüngster Zeit – Stichworte: Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, demografische und gesellschaftliche Veränderungen, Vereinbarkeit von Beruf und



Familie. Welche großen Herausforderungen sehen Sie hier in den kommenden Jahren auf die BAKöV zukommen?

Alle die von Ihnen genannten Entwicklungen und Innovationen lösen erheblichen Fortbildungsbedarf bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung aus. Diesen Bedarf so praxisnah und effektiv wie möglich zu decken, ist die große Aufgabe der BAKöV in den nächsten Jahren. Dafür muss der Bedarf aber zunächst einmal klar definiert werden. Die Behörden müssen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anforderungsprofile erstellen, aus denen sich die benötigten Kompetenzen ergeben. Der damit verbundene Aufwand wird unvermeidlich sein, wenn man systematische Personalentwicklung und gezielte Fortbildung betreiben will. Die BAKöV möchte die Behörden bei ihrer Personalentwicklung und Fortbildungsplanung beraten. Um einem entsprechenden Wunsch der Behörden nachzukommen, würde die BAKöV gerne einen großen Beratungsbereich aufbauen. Allerdings bräuchte sie dafür entsprechende personelle Verstärkung. Darüber hinaus möchten wir auch gerne eine Schulung zum zertifizierten Fortbildungsberater bzw. zur zertifizierten Fortbildungsberaterin entwickeln. Diese Bildungsexperten sollten in alle Veränderungsprozesse ihrer Behörde eingebunden werden und frühzeitig die sich daraus ergebenden Fortbildungsbelange ansprechen. Dabei wäre es durchaus wünschenswert, wenn die verschiedenen Vorhaben und Entwicklungen von kompetenter Stelle einmal zusammengedacht würden, um ganzheitliche Strategien mit entsprechenden Prioritäten zu erarbeiten.

Wird es in zwanzig Jahren noch Seminare zum Beispiel in Boppard geben, bei denen alle Teilnehmenden vor Ort anwesend sein werden?

Die Präsenzfortbildung wird in vielen Themenbereichen nicht durch Online-Lernformen abgelöst werden können. Dies gilt insbesondere für das Verhaltenstraining, das nur als sozialer Lernprozess und im unmittelbaren Erleben erfolgreich sein kann. Daneben aber müssen wir ein umfassendes digitales Fortbildungsangebot entwickeln, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an ihren – oftmals mobilen – Arbeitsplätzen zur Verfügung steht.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt in hohem Maße und hat großen Einfluss auch auf Bildungseinrichtungen. Führen Sie heute schon Weiterbildungsveranstaltungen „im Netz“ durch, also zum Beispiel online-Seminare oder Ähnliches? Und welche Rolle werden bei der Wissensvermittlung und beim Training sozialer Kompetenzen die digitalen Medien in Zukunft spielen?

Wir haben schon seit 2005 eine elektronische Lernplattform im Internet betrieben, die dann leider wegen eines Sicherheitsvorfalls im März 2018 aus dem Netz genommen werden musste. Mehr als 30 Lernprogramme und Arbeitshilfen der BAKöV wurden bereits von rund 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt. Über 30 Behörden hatten die Lernplattform als Mandanten zusätzlich noch für ihre eigenen E-Learning-Angebote eingesetzt, sodass insgesamt 70.000 Nutzerinnen und Nutzer der Lernplattform zu verzeichnen waren. Bald wird die Lernplattform wieder aufgebaut sein, leider aus Sicherheitsgründen nur in den Netzen des Bundes. Dann wird der Ausbau des Online-Angebots einen besonderen Schwerpunkt der BAKöV bilden. Im Bereich der sozialen Kompetenzen können Online-Angebote vor allem zur Sensibilisierung, zur Auffrischung des Gelernten und zur Transferhilfe genutzt werden.

> Dr. Alexander Eisvogel ...

... Jahrgang 1965, Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, 1989 erste juristische Staatsprüfung; anschließend Promotion zum Dr. jur.; 1994 zweite juristische Staatsprüfung.

Februar 1994 bis Oktober 2006 im Bundesamt für Verfassungsschutz in verschiedenen Funktionen.

November 2006 bis April 2010 Direktor des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

Mai 2010 bis Juli 2013 Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Seit August 2013 Präsident der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.



© CBAkÖV, Brühl

Was bedeutet das für die Dozentinnen und Dozenten? Wie machen Sie Ihr Personal „fit for future“?

Bei der Erstellung von Online-Angeboten werden andere didaktische und methodische Kenntnisse und Fähigkeiten verlangt als bei der Präsenzfortbildung. Zum Teil setzen wir in diesem Bereich andere, entsprechend qualifizierte Kräfte ein, zum Teil stellen wir den Fachautoren didaktische Spezialisten zur Verfügung. Die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAKöV machen wir mit interner Fortbildung und Beratung fit.

Neue Mitarbeitende in der Bundesverwaltung setzen für ihr Berufsleben inzwischen andere Schwerpunkte (Stichwort: Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben) und erwarten von Ihren Dienststellen auch entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote. Wie sehen Sie die BAKöV auf diese Entwicklung vorbereitet?

Die Attraktivität des Bundes als Arbeitgeber hängt in der

Tat zu einem nicht unerheblichen Teil vom Fortbildungsangebot zur beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung ab. Das Programm der BAKöV weist schon heute ein enorm großes Spektrum an Fortbildungsmöglichkeiten im fachlichen und im Verhaltensbereich auf. Wir werden diese Angebote immer aktuell halten und an die sich ändernden Anforderungen anpassen. Noch wichtiger als unser Fortbildungsangebot ist indes die Aufgabe, Personalentwicklungskonzepte in den einzelnen Behörden aufzubauen, die diese Punkte ausdrücklich regeln sollten.

Herr Präsident, zum Abschluss: Wie feiern Sie den 50. Geburtstag? Wird es einen Festakt geben?

Selbstverständlich werden wir das 50-jährige Bestehen der BAKöV angemessen feiern. Der Festakt findet am 2. September 2019 im Haus der Geschichte statt.

Herr Dr. Eisvogel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

Im Dialog

Sitzungsfrei, aber nicht arbeitsfrei

Der Deutsche Bundestag ist in der parlamentarischen Sommerpause. Es finden also grundsätzlich keine Sitzungen und Ausschusssitzungen statt. Gearbeitet wird dennoch: Die Bundesvorsitzende Rita Berning nutzte die Sommerpause zu einem intensiven Austausch über die Möglichkeiten einer Attraktivitätssteigerung der Bundesverwaltung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn MdB Thorsten Frei. Treffpunkt am 31. Juli um 8.30 Uhr war das Abgeordnetenbüro im Jakob-Kaiser-Haus mit schönem Blick auf die Spree.



© vbob

Schnell wurden an diesem Morgen gemeinsame und unterschiedliche Positionen deutlich. Sowohl die vbob-Chefin, wie auch der CDU-Politiker sehen das Berufsbeamtentum als einen Garanten des zuverlässigen öffentlichen Dienstes. Um dies für die Zukunft zu sichern, müsse die

Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt gewährleistet werden. Frei sieht zum Beispiel im Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz eine solche Möglichkeit. Berning kritisiert auch in diesem Gespräch den Mangel an zukunftsweisenden Modernisierungselementen und Anreizen für die

allgemeine Verwaltung im Regelungsumfang. Die Altersstruktur in vielen Behörden und demzufolge der Personalbedarf in den kommenden Jahren zeigten den dringenden Handlungsbedarf.

Im Hinblick auf die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Bundesbehörden sind zahlreiche weitere Themenfelder neben der Besoldung von Bedeutung. Von der Gestaltung des Arbeitsplatzes und -umfeldes, den beruflichen Perspektiven, der Wahrnehmung von Führungsverantwortung, dem Gesundheitsschutz, der technischen Ausstattung bis hin zur Erreichbarkeit oder dem Zustand der Liegenschaften. Dringend zu modernisieren sei in jedem Fall auch die Arbeitszeitverordnung.

Zahlreiche Regelungen seien in der heutigen Arbeitswelt nicht mehr zeitgemäß, beton-

te die vbob Bundesvorsitzende. Insgesamt seien Fragen der Arbeitszeit für die Beschäftigten der Bundesverwaltung heute DAS zentrale Thema. Viele der derzeitigen Regelungen werden als „Arbeitszeitklau“ wahrgenommen. Seien es Kappungsgrenzen oder der Verfall von Arbeitszeit bei krankheitsbedingter Dienst-/Arbeitsunfähigkeit während des Arbeitszeitausgleichs für Gleitzeitkonten sowie die Nichtanerkennung von Reisezeiten als Arbeitszeiten, um nur drei Punkte herauszugreifen.

Der CDU-Abgeordnete nahm die Themen interessiert auf. Die Aussichten bei der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes sind nach seiner Ansicht jedoch weiterhin wenig erfreulich. Die vbob Bundesvorsitzende stellte deshalb nochmals den besonderen Stellenwert der Behandlung der Bundesregierung mit der Frage der Rückführung der einseitigen Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte heraus. Mit der Handhabung dieses Punktes verbinden die Beamtinnen und Beamten Vertrauen in die Versprechen der Politik und Wertschätzung durch sie. Kein Verständnis zeigte Berning für die mangelnde Gesprächsbereitschaft seitens des Bundesinnenministeriums um gangbare Lösungsansätze zu diskutieren.

Der konstruktive Meinungsaustausch ist nicht abgeschlossen. Zum Ende des Gesprächs bestand wieder Einigkeit, dass es hilfreich und sinnvoll ist, die Positionen und Fragen der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit der Bundesverwaltung regelmäßig abzugleichen.

rb

> Pensionärstreffen

Die Pensionäre und Rentner(innen) der Bonner Bundesbehörden treffen sich jeden 1. Dienstag im Monat um 14 Uhr im Casino des Bundesministeriums des Innern, Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

Der nächste Termin: **8. Oktober**

Die Kölner Ruheständler (Fachgruppe 23) des vbob Stammtisches treffen sich alle zwei Monate am 1. Dienstag um 16 Uhr im Bierhaus am Rhein, Frankenwerft 27, 50667 Köln

Der nächste Termin: **1. Oktober**

Die in Frankfurt und Umgebung ansässigen Ruheständler treffen sich jeden letzten Dienstag im Monat um 16 Uhr in der Weinstube im Römer, Römerberg 19, 60311 Frankfurt

Der nächste Termin: **24. September**

Es gibt große Vorteile in der dezentralen Struktur

Bei der Eingabe des Wortes Bundesverwaltungsamt in eine der bekannten Internetsuchmaschinen erhalten Sie unter anderem folgende Ergänzungsvorschläge: „kölfn“, „formulare beihilfe“, „dienstleistungszentrum“, „bafög“, „stuttgart“, „düsseldorf“ und „strausberg“. Die Auswahl lässt bereits erahnen, welche Breite an Standorten und Themen sich unter dem Dach des Bundesverwaltungsamtes vereinen.

Heute nimmt das BVA circa 150 unterschiedliche Aufgaben wahr. Der Personalbestand hat sich in den letzten Jahren mit circa 5 500 fast verdoppelt. Das BVA ist bundesweit auf 20 Standorte verteilt.



© vbob

> Rita Berning, Präsident Christoph Verenkotte und Ulrike Clausmeyer (von links) werden weiterhin im Gespräch bleiben.

Am 15. August 2019 hatten die vbob Bundesvorsitzende Rita Berning und ihre Stellvertreterin Ulrike Clausmeyer Gelegenheit, sich in einem Gespräch mit dem Präsidenten der Kölner Bundesoberbehörde, Christoph Verenkotte, auszutauschen.

20 Standorte, da stellt sich die Frage, ob die Aufgabenerledigung unter dieser Aufspaltung leidet. Präsident Verenkotte macht jedoch direkt deutlich, dass er in der dezentralen Struktur große Vorteile sieht. Zum Beispiel bei der Personalgewinnung, diese

gestalte sich bei mancher Außenstelle einfacher als am überhitzten Kölner Arbeitsmarkt. Die vernetzten Arbeitsmöglichkeiten beseitigen Barrieren und mit der zunehmenden digitalen Transformation komme dem ortsunabhängigen Arbeiten in Zukunft eine noch größere Bedeutung zu.

Angespannter reagiert der BVA-Chef bei der Frage nach dem Ergebnisbericht und Maßnahmenkatalog der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und der sog. Kohlekommission. Beide

Kommissionen schlagen die Neugründung, Verlagerung und den Ausbau von Behördenstandorten in den strukturschwachen Gebieten oder den Braunkohlerevieren vor. Wenn die Politik nunmehr Neu- oder Ausgründungen von Behörden oder Ressortforschungseinrichtungen in strukturschwachen Regionen umsetzen will, kann dies nur mit neu auszubringenden Stellen gelingen. Neue Aufgaben gibt es ausreichend und nur mit neuen Stellen kommt der mit den Ansiedlungen gewünschte Arbeitseffekt zum Tragen.

Behördenleiter und vbob Vertreterinnen stimmen überein, dass die Unterstützung strukturschwacher Gebiete und der Braunkohlerevieren durch die Abwanderung von Arbeitsplätzen der Bundesverwaltung aus anderen Regionen zu Problemen an anderer Stelle und damit nicht zu einem dauerhaften Erfolg führen kann. Ziel der Bundesverwaltung in ihrem Handeln für Bevölkerung und Politik muss die Schaffung attraktiver und zukunftssicherer Arbeitsplätze sein.

Die Anforderungen heutiger Schul- und Studienabsolventen an ihren Arbeitsplatz haben sich stark verändert. Wer im Privatleben digital agiert, erliegt nicht unmittelbar dem Charme von Dienstgebäude und Amtsstube. In der Bundesverwaltung ist selbstverständlich die Informations- und Kommunikationstechnik eingezogen, doch bei der Digitalisierung stockt es. Auch im BVA würde man seine digitale Agenda gerne schneller umsetzen, doch ohne entsprechende finanzielle und personelle Bereitstellung durch den Bundeshaushalt stoße man schnell an die Grenzen des Umsetzbaren. Die Beihilfe-App und das Projekt Beihilfe. digital beispielsweise sind für die Beihilfeberechtigten und auch für das BVA von großem Mehrwert. Viele der App-Nutzer freuen sich über das Angebot, wünschen sich aber bereits heute eine Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten.

Die Mitglieder des vbob haben viele Berührungspunkte zum zentralen Dienstleister der Bundesverwaltung. Der Wunsch nach digitalem Fortschritt besteht bei Berufseinsteigern wie auch bei unseren Mitgliedern im Ruhestand – wir bleiben im Gespräch. *rb*

Kommentierte Pressestimmen

„Es stimmt nicht, dass der Anständige immer der Dumme ist. Vielmehr ist genau das Gegenteil richtig.“
(*Querulix, *1946, deutscher Aphoristiker und Satiriker*)

Wir alle kennen es, haben es in den Nachrichten gehört, gelesen und es passiert fast jeden Tag in diesem Land. Anfeindungen, Beschimpfungen und sogar öffentlich zur Schau getragener Hass gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes sind an der Tagesordnung. Es tangiert mittlerweile nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Anstand, Sitte und Moral? – Fehlanzeige! Doch woran liegt das? Wo bitte ist der Anstand und Respekt geblieben? Nun liegen erste Ergebnisse einer Bürgerbefragung vor und wurden in der Presse veröffentlicht.

„Umfrage sieht wachsende Gewalt gegen Beamte“, titeln die **Westfälischen Nachrichten** in der Ausgabe vom 20. August 2019. Grundlage ist eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts forsa. Diese wurde im Auftrag des Beamtenbundes dbb erstellt. So wurden hierzu 2.006 Bürgerinnen und Bürger befragt. Ein bedeutender Aspekt war die Befragung zur Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates. Im Ergebnis zeigte sich, dass lediglich rund ein Drittel der Bundesbürger (34 Prozent) davon überzeugt sind, der Staat sei in der Lage, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Demgegenüber gab eine deutliche Mehrheit – 61 Prozent der Befragten – an, dass der Staat in Anbetracht der Fülle der Aufgaben und Probleme „überfordert“ sei. Auffallend war nach Manfred Güllner, Chef des forsa-Instituts, dass diese Sichtweise in den sozial unteren Schichten deutlich öfter so vertreten wurde als in den oberen Bildungsschichten. „Wir haben besorgniserregende Anzeichen für einen generellen Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit des Staates“

resümierte dbb Vorsitzender Silberbach.

„Öffentlich Beschäftigte oft Opfer von Übergriffen“, titelt **dpa** am 20. August 2019. Polizisten, Notärzte oder auch Busfahrer werden der o. a. Umfrage zufolge im Dienst häufig beschimpft, behindert oder gar angegriffen. Insgesamt haben 48 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach eigenen Angaben bei der Arbeit schon einmal einen Übergriff auf sich erlebt. „Das Land der Verrohung“, so steht es daher in der **Rheinischen Post** (Ausgabe 20. August 2019). Vier von fünf Deutschen empfinden eine zunehmende Verrohung in Deutschland. Opfer sind auch frühere Respektspersonen, wie vor allem Polizisten, Rettungskräfte, Busfahrer und Lehrer.

Umfrageergebnisse können in ihrer Eindeutigkeit jedoch mitunter auch die Befragten selbst entlarven. Wenn 83 Prozent der Bundesbürger in dieser repräsentativen forsa-Umfrage der Aussage zustimmen, dass die Gesellschaft zunehmend verrohe, also der Umgang der

Menschen untereinander rücksichtsloser und brutaler werde, dann können sie nicht nur die restlichen 17 Prozent als Übeltäter empfinden, dann müssen sie einfach selbst auch ein Stück dazu beitragen. Zwischen Ost- (84 Prozent) und Westdeutschen, zwischen Männern (83 Prozent) und Frauen (82) gibt es kaum Unterschiede bei dieser verheerenden Verrohungswahrnehmung. Lediglich zwischen den Altersgruppen geht die Einschätzung deutlicher auseinander. 67 Prozent der 18- bis 29-Jährigen erkennt wachsende Rücksichtslosigkeit, bei den Älteren ab 60 Jahren sind es 86 Prozent. Bei den Jüngeren gibt es auch mit 26 Prozent den größten Anteil derjenigen, die der These eindeutig widersprechen. Das Verhältnis kehrt sich allerdings um, wenn nachgefragt wird, ob die Bürger auch schon einmal beobachtet haben, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes behindert, belästigt, beschimpft oder angegriffen wurden. Dann wurden 18 Prozent der Älteren Zeugen solcher Aggressionen, aber sogar 38 Prozent der Jüngeren. Unter den öffentlich Bediensteten selbst sind es sogar 41 Prozent.

Ohne Antwortmöglichkeiten vorzugeben, ermittelte forsa auch, auf welchen Feldern die Menschen den Staat am meisten überfordert sehen. Die Schul- und Bildungspolitik steht mit 24 Prozent auf dem ersten Platz, die Asyl- und Flüchtlingspolitik mit 19 Prozent auf dem zweiten, die Innere Sicherheit folgt mit 17 Prozent auf Platz drei. Für Beamtenbund-Chef Ulrich Silberbach lässt sich aus dem Befund, dass hier die Hoheits-

aufgaben der Bundesländer betroffen sind, die Frage ableiten, ob der deutsche Föderalismus optimal aufgestellt ist. „Es muss neu gedacht und manches in Teilen auch zentralisiert werden“, erklärte Silberbach.

Für ihn folgt als Konsequenz die Forderung nach einer besseren Transparenz. In den Ländern und besser noch bundesweit müssten Register angelegt werden, in denen alle Fälle von Gewalt gegen Bedienstete aufgenommen werden, damit aus der Auswertung auch gezielte Gegenstrategien entwickelt werden könnten. Hinzu kommen müsse die Möglichkeit, Forderungen abzutreten, dass also nicht mehr der Geschädigte selbst tätig werden müsse, sondern der Staat für ihn gegen den Schädiger vorgehen könne.

Der Innenexperte der Unionsfraktion, Mathias Middelberg, ist nicht abgeneigt, dem Vorschlag zu Registern nachzugehen. „Eine entsprechende Erfassung von weiteren Angriffen kann dazu beitragen, einen genaueren Überblick zu gewinnen“, sagte der CDU-Politiker gegenüber der Redaktion der **Rheinischen Post**. Er verwies zudem auf die bundesweite Präventivkampagne „Stark für Dich. Stark für Deutschland“, mit der sich das Innenministerium für ein besseres gesellschaftliches Klima gegenüber Polizeibediensteten und Rettungskräften einsetze. Daneben habe die Politik durch Strafverschärfungen ein deutliches Zeichen gesetzt, indem auch Angriffe auf weitere Einsatzkräfte wie auch die Behinderung hilfeleistender Dritter unter Strafe gestellt worden sei.

cm

Sommerfest von BKA und BfV in Berlin

Am 8. August 2019 fand in Berlin-Treptow das gemeinsame Sommerfest von BKA und BfV statt, zu dem auch die Familienangehörigen der Beschäftigten beider Behörden eingeladen waren.

Das Sommerfest stand unter dem Motto „Jahrmarkt“.

Und so wurden Jung und Alt viele Jahrmarktsattraktionen geboten, die großen Anklang

bei den zahlreichen Besuchern fanden. Bei Bogenschießen, Karussellfahren, „Hau-den-Lukas“ und Live-Musik kam bei allen eine fröhliche Stimmung auf. Auch das leibliche Wohl kam mit vielfältigen Angeboten natürlich nicht zu kurz.

Die vbob Fachgruppe des BfV hat mit ihrer Popcorn-Maschine buntes Popcorn hergestellt. Die Kolleginnen und Kollegen



© FG BfV

der Fachgruppe hatten viel Spaß bei der Zubereitung von mehreren Hundert Tüten, die bei Klein und Groß reißenden Absatz fanden.

Bei schönem und sonnigem Wetter war das Sommerfest eine sehr gelungene und schöne Veranstaltung.

D. Rick

Rita Berning besucht Seniorengruppe in Bonn

Die Seniorinnen und Senioren des vbob treffen sich jeden ersten Dienstag im Monat im Casino des Bundesministeriums des Innern in Bonn. Die Treffen sind immer gut besucht, da der Gesprächsbedarf zu aktuellen beamten- bzw. tarifrechtlichen Themen weiterhin vorhanden ist.

Am 6. August 2019 hatte die Seniorengruppe hohen Besuch. Die Bundesvorsitzende Rita Berning hat sich angekündigt, um mit den Ruheständlern des vbob über aktuelle Themen aus dem Dienst- und Tarifrecht zu diskutieren.

Der Gesprächsbedarf war sehr groß. Nach der Begrüßung durch den Bundesvertreter der Mitglieder im Ruhestand, Joachim Politis, interessierten sich die Seniorinnen und Senioren für viele Themen, zum Beispiel Veränderungen durch das geplante Gesetz zur Besoldungsmodernisierung beim Bund, Fragen aus der Bundesbeihilfeverordnung (BBhV) sowie die Vereinfachung durch die App für den Beihilfeantrag, die schrittweise eingeführt wurde und jetzt auch durch alle Versorgungsempfänger genutzt werden kann.

Die Seniorinnen und Senioren nutzten die Gelegenheit, durch die Bundesvorsitzende des vbob eine fachlich kompetente Gesprächspartnerin vor Ort zu haben und diskutierten lebhaft.



© D. Tischmann

Die neue App für die Beantragung von Beihilfen wurde von den Nutzern durchaus positiv bewertet. Einige gaben jedoch zu bedenken, dass es auch negative Meinungen gibt und eine sachgerechte Bewertung erst nach längerer Nutzungsdauer möglich sei.

Am 3. September treffen sich die Seniorinnen und Senioren nicht im Casino, sondern schon sehr früh morgens, um den Jahresausflug nach Cochem und Kloster Machern durchzuführen.

D. Tischmann



© J. Politis

> Die Jahresfahrt der Berliner Seniorinnen und Senioren ging in diesem Jahr nach Stralsund. Bei sonnigem Wetter brachte uns der Bus zum Ausflugsziel. Zunächst informierten wir uns bei der Altstadtführung über die Geschichte der Stadt. Nach dem Mittagessen am Hafen war die Hafenrundfahrt ein weiterer Höhepunkt des Tages. Die freie Zeit wurde von vielen zur Besichtigung der Gorch Fock oder dem Ozeaneum genutzt. Mit vielen neuen Eindrücken traten wir die Rückfahrt nach Berlin an.